

Fahrgastverband PRO BAHN, LV Rheinland-Pfalz / Saarland e. V.
Dr.-Dieter-Churschmann-Straße 5, 55278 Udenheim

Herrn Staatsminister
Michael Ebling
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

Mainz, den 13.10.2025

Geplante Messerverbotszone im ÖPNV in Rheinland-Pfalz – Sorgen über anlasslose Taschenkontrollen

Sehr geehrter Herr Minister Ebling,

als Fahrgastverband PRO BAHN Rheinland-Pfalz / Saarland vertreten wir die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in unserem Bundesland. Mit diesem Schreiben möchten wir uns – im Namen der Fahrgäste – an Sie wenden bezüglich Ihres angekündigten Vorhabens, den ÖPNV in Rheinland-Pfalz als Waffen- und Messerverbotszone auszuweisen und dort anlasslose Taschenkontrollen durchzuführen. Wir begrüßen ausdrücklich alle Maßnahmen, die das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste stärken sollen. Die klare Botschaft „Waffen und Messer haben im öffentlichen Nahverkehr nichts zu suchen“ unterstützen wir. Allerdings sehen wir die vorgesehenen stichprobenartigen Taschen- und Personenkontrollen mit großer Sorge. In der jetzigen Form halten wir diese für einen unverhältnismäßigen Eingriff in den Ablauf und die Freiheit des öffentlichen Verkehrs – zum Nachteil der Fahrgäste, die überwiegend gesetzestreu und friedlich unterwegs sind. Bereits heute sind unsere Busse und Bahnen im Berufs- und Schülerverkehr oft überfüllt. Zusätzliche Kontrollen von Taschen und Gepäckstücken würden den Fahrgastfluss erheblich behindern. Insbesondere in vollen Regionalzügen kann schon eine kurze Verzögerung an Türen oder Gängen zu Staus, Verspätungen und verpassten Anschlüssen führen. Wenn Fahrgäste angehalten werden, ihren Rucksack oder Koffer vorzuzeigen, würde dies den Fahrgastfluss enorm verlangsamen und im schlimmsten Fall den Betriebsablauf stören. Wir befürchten, dass solche Kontrollen gerade zu Stoßzeiten praktisch nicht durchführbar sind, ohne den Nahverkehr ins Stocken zu bringen – eine Einschätzung, die sogar von Vertretern der Polizei geteilt wird: Die Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz stellt klar, dass flächendeckende Taschen- und Personenkontrollen im gesamten ÖPNV im Alltag weder verhältnismäßig noch realistisch sind.

Hinzu kommt der Eingriff in die Privatsphäre der Reisenden. Öffentliche Taschenkontrollen – etwa das Öffnen des Rucksacks vor den Augen fremder Mitreisender – empfinden viele Fahrgäste als unangenehm oder demütigend. Niemand gibt gern intime oder private Gegenstände auf dem Bahnsteig oder im Zug preis. Solche Situationen würden das Sicherheitsgefühl eher beeinträchtigen, anstatt es zu stärken. Fahrgäste könnten sich unter Generalverdacht gestellt fühlen, was das Vertrauen in den öffentlichen Verkehr und die Behörden mindert. Wir müssen vermeiden, dass der ÖPNV für Reisende ein Ort des Misstrauens wird. Schließlich soll Bus- und Bahnfahren attraktiv und stressfrei bleiben – gerade

vor dem Hintergrund, dass wir mehr Menschen vom Umstieg auf den ÖPNV überzeugen wollen (Stichwort Deutschlandticket und Klimaschutz).

Darüber hinaus ist unklar, wie die Maßnahme personell umgesetzt werden soll. Bereits jetzt arbeiten Polizei und kommunale Vollzugsdienste am Limit. Jede Stunde, die Beamtinnen und Beamte mit der Kontrolle unauffälliger Fahrgäste verbringen, fehlt an anderer Stelle – etwa bei der Präsenz auf Bahnhöfen oder der Bekämpfung realer Delikte.

Statt anlassloser Taschenkontrollen schlagen wir alternative Maßnahmen vor, um die Sicherheit im ÖPNV zu erhöhen, ohne die Reisenden unnötig zu belasten:

- Verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal an Bahnhöfen und in Fahrzeugen: Die regelmäßige Präsenz uniformierter Kräfte wirkt präventiv. Sicherheits-Teams könnten gezielt in letzten Abendzügen oder auf problematischen Linien eingesetzt werden. Ihre Präsenz schreckt potenzielle Täter ab und gibt Fahrgästen ein sichereres Gefühl, ohne alle Reisenden unter Generalverdacht zu stellen.
- Bessere Nutzung von Technik und Aufklärung: Wo sinnvoll, könnten vorhandene Videoüberwachungssysteme oder Alarmsysteme genutzt werden, um gefährliche Situationen frühzeitig zu erkennen – solange dies datenschutzkonform bleibt. Außerdem unterstützen wir Präventionsansätze wie Aufklärungskampagnen (ähnlich Ihrer erwähnten schulischen Programme), um Gewalt und das Mitführen von Waffen unattraktiv zu machen. Sicherheit entsteht nicht nur durch Verbote, sondern durch Vertrauen, Präsenz und Prävention.

Wir möchten auch auf einen sensiblen Punkt hinweisen: Obwohl von "stichprobenartigen" Kontrollen die Rede ist, besteht die Gefahr, dass diese nicht wirklich zufällig erfolgen. Erfahrungsgemäß könnten bestimmte Personengruppen verstärkt in den Fokus geraten. Eine solche faktische Profilbildung wäre nicht akzeptabel und würde soziale Spannungen im ÖPNV eher erhöhen. Unser Verband steht für einen öffentlichen Verkehr, der für alle Fahrgäste offen und diskriminierungsfrei ist. Die Umsetzung von Kontrollen müsste diesem Grundsatz unbedingt Rechnung tragen, falls sie entgegen unseren Bedenken eingeführt würden.

Zudem stellen wir mit Befremden fest: Die Ausarbeitung der von der Landesregierung Rheinland-Pfalz vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr erfolgten ohne jegliche Beteiligung einer Fahrgastvertretung, obwohl die Fahrgäste unmittelbar von den Konsequenzen solcher Maßnahmen betroffen sind. Angesichts unserer Rolle als zentrale Interessenvertretung der Fahrgäste wäre eine frühzeitige Einbindung in die Planungen selbstverständlich und notwendig gewesen. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass seitens der Landesregierung offenbar kein ernsthaftes Interesse besteht, betroffene Interessenvertretungen in sicherheitsrelevante Entscheidungen im Nahverkehr einzubinden, was für uns nicht akzeptabel ist. Wir erwarten daher, dass die Landesregierung künftig bei vergleichbaren Vorhaben die Expertise und Perspektive der Fahrgäste frühzeitig einbindet, um tragfähige und von den Fahrgästen mitgetragene Lösungen zu erreichen.



**Fahrgastverband
PRO BAHN**

Landesverband
Rheinland-Pfalz/Saarland

Sehr geehrter Herr Ebling, wir ersuchen Sie nachdrücklich, von der Einführung anlassloser Taschenkontrollen im ÖPNV abzusehen. Das erklärte Ziel, die Fahrgäste vor Gewalt zu schützen, teilen wir uneingeschränkt – nicht jedoch die Wahl der Mittel. Eine Messerverbotszone kann ein sinnvolles Signal für Null-Toleranz gegenüber Waffen sein, aber sie darf nicht zu Lasten der Fahrgastrechte und der Attraktivität des Nahverkehrs gehen. Unsere höchste Priorität muss ein ÖPNV bleiben, der sicher und frei zugänglich ist, ohne Hürden oder Angst für die Reisenden. Wir würden uns freuen, wenn unsere Kritik und Vorschläge in die weiteren Überlegungen einfließen. Gern stehen wir Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung, um konstruktiv über pragmatische Lösungen für mehr Sicherheit im Nahverkehr zu beraten. Als Fahrgastverband bringen wir hierbei die Perspektive der täglichen Nutzerinnen und Nutzer ein – eine Perspektive, die bei sicherheitspolitischen Entscheidungen im ÖPNV unbedingt berücksichtigt werden sollte. In diesem Sinne hoffen wir auf Ihr Verständnis und darauf, dass Sie die Bedenken der Fahrgäste ernst nehmen. Wir vertrauen darauf, dass Sie im Sinne der Fahrgäste handeln, und sehen Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Noah Wand

Landesvorsitzender Fahrgastverband PRO BAHN
Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland e. V.